

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

Ausgabe 07/08.2013 01.08.2013

20. Jahrgang

## Deutscher Personalräte-Preis



# 2013

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
<sup>2)</sup> Nur bei Sollzinsbindung von 10 Jahren  
<sup>3)</sup> Zwischen 1 % und 5 % p. a. bezogen auf das Ursprungsdarlehen  
(bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 % p. a.)

**Informieren Sie sich  
jetzt über unsere  
aktuellen Konditionen!**

# Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen<sup>1)</sup>

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

## Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Sie haben die Wahl zwischen einer Sollzinsbindung von 5, 8 oder 10 Jahren
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich<sup>2)</sup>
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich<sup>2)3)</sup>
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst

## Jetzt informieren:

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder  
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Inhalt

## Titel

Deutscher Personalräte-Preis 2013  
Vorstellung der nominierten Projekte || 4 |

## Gastbeitrag

Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender,  
über echte Verhandlungsrechte || 6 |

## Meldungen

Bund:  
Beschäftigte können mit Hilfe bei Flutschäden rechnen || 9 |  
Altersgeldgesetz kann in Kraft treten || 9 |  
Besoldung steigt zum 1. August || 9 |  
Post: Neue Prämien und Zulagen geplant || 9 |

## Aus den Ländern

Unterschiedlicher „Lohn“ für gleiche Arbeit –  
Über die Auswüchse des Besoldungsföderalismus || 11 |  
Bayern: DGB will Rechte der Personalräte stärken || 12 |  
Brandenburg: Höhere Besoldung ausgehandelt || 12 |  
Hamburg: Ein Urlaubstag mehr für junge Beamte || 13 |  
Rheinland-Pfalz: Kampagne fordert Planstellen  
für junge Lehrer || 15 |  
Thüringen: DGB gegen weitere Einsparungen  
bei Kommunen || 16 |

## Aus den Gewerkschaften

Notfallhilfe für Flutopfer || 17 |

## Vermischtes

Veranstaltung: 16. Schöneberger Forum || 18 |  
Urteil: Anwendung des Bestenauslesegrundsatzes || 18 |  
ZDF: Befristungen im Bildungssektor || 18 |

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack; Redaktion: Barbara Haas, Christof Herrmann (Titel), Lisa Kranz, Henriette Schwarz, Sebastian Silies, Adina Stehr; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Uwe Tillmann, 1. Industriestr. 1–3, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Liebe Leserinnen und Leser,

im kommenden November wird es wieder so weit sein. Unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“ wird der „Deutsche Personalräte-Preis“ vergeben und damit die innovativsten und nachhaltigsten Projekte der vergangenen drei Jahre ausgezeichnet werden. Nach wie vor wird die Arbeit von Personalräten oftmals unter- oder gar geringgeschätzt. Mit dem „Deutschen Personalräte-Preis“ soll zu Recht der Blick auf die Personalräte gerichtet und deren Einsatz gewürdigt werden. Die Auszeichnung soll Personalräte motivieren, auch künftig aktiv und kreativ für die Belange der Beschäftigten einzutreten.

Im Rahmen des Schöneberger Forums wird am 27. November in Berlin die Preisverleihung stattfinden. Es werden die besten Projekte aus den Jahren 2011 bis 2013 ausgezeichnet. Besonders erfreulich ist die hohe Bewerberzahl in diesem Jahr. Mit über 50 angemeldeten Projekten hat sich die Beteiligung gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert – ein positives Zeichen auch für zukünftige Personalratsarbeit. In dieser Ausgabe stellen wir Ihnen die Nominierten vor und informieren über deren Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ihren Dienststellen. Ich freue mich sehr, in diesem Jahr das erste Mal als stellvertretende Vorsitzende des DGB am Schöneberger Forum teilnehmen zu können und hoffe, dass wir auch in Zukunft dazu beitragen können, der Personalratsarbeit zu einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit und Anerkennung zu verhelfen. ■

Ihre Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

# Titel



Die Nominierten für den „Deutschen Personalräte-Preis 2013“ sind gesetzt. Bereits zum dritten Mal wird diese Auszeichnung, eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“, vom Bund-Verlag, Frankfurt, gemeinsam mit der HUK-COBURG verliehen. Beworben hatten sich bundesweit 53 Gremien. Die Auszeichnung will die Arbeit von Personalräten öffentlich machen, ihre Arbeit wertschätzen und die Interessenvertreter motivieren, die Initiative zu ergreifen und sich kreativ und gestaltend für die Belange der Beschäftigten einzusetzen.

Neben einer Vielzahl von Bewerbungen, die sich mit dem „Tagesgeschäft“ der Interessenvertretungen beschäftigten, waren erneut „wichtige Leuchtturm-Projekte vertreten“, so Michael Kröll, Jury-Mitglied und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift 'Der Personalrat', „die überzeugend belegen, was engagierte PR-Arbeit bewirken kann.“ Eine hochkarätig besetzte Jury mit Vertretern aus Gewerkschaften,



DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggemiller (zweiter von rechts) überreicht der Gesamt-JAV der Landkreis Diepholz den Deutschen Personalräte-Preis 2013.  
Foto: Simone M. Neumann

2002 einschneidende Personalbewirtschaftungsbeschlüsse zur Haushaltskonsolidierung gefasst. Die Folge waren prekäre Beschäftigungen. Seit dem Jahr 2009 ist der Haushalt konsolidiert. An den prekären Arbeitsverhältnissen wurde seitens der Dienststelle nichts geändert. Neben den formalen Möglichkeiten im Rahmen der personalvertretungsrechtlichen Beteiligung zu den Stellenplänen, hat der Personalrat insbesondere Personalversammlungen genutzt, um auf die Problematik der prekären Beschäftigung hinzuweisen. Nachdem der jetzige Landrat

## Deutscher Personalräte-Preis 2013

And the nominees are ...

Wissenschaft und Personalratspraxis nominierte insgesamt zehn Projekte. Vergeben wird jeweils eine Auszeichnung in den Hauptkategorien Gold, Silber und Bronze sowie für die zwei Sonderpreise der HUK-COBURG und der DGB-Jugend.

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ ist als hochrangige Auszeichnung bewusst nicht mit einem Geldbetrag dotiert. Im Vordergrund stehen die offizielle Ehrung der Preisträger und Teilnehmer und die Publikation der prämierten Projekte. Die feierliche Preisverleihung und Bekanntgabe der Gewinner erfolgt im Rahmen des Schöneberger Forums von DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 27. November 2013 in Berlin.

Die Nominierten für den „Deutschen Personalräte-Preis 2013“ in alphabetischer Reihenfolge:

### Gesamtpersonalrat Landkreis Diepholz

Unter dem Motto „Gute Arbeit – Gegen prekäre Beschäftigung“ setzte sich der Gesamtpersonalrat des Landkreises Diepholz erfolgreich für die Überleitung von Leiharbeitnehmern, sachgrundlos befristet Beschäftigten und Honorarkräften in feste Beschäftigungsverhältnisse ein. Im Rahmen der Finanzkrise hatte der Kreistag Diepholz bereits im Jahr

die Geltung von Tarifverträgen für die Beschäftigung beim Landkreis Diepholz zur Grundlage erhoben hat, forderte der Gesamtpersonalrat die Umsetzung dieser Aussage ein. So konnten über 30 Beschäftigte – davon viele in Teilzeit – die sachgrundlos befristet beschäftigt waren, unbefristet übernommen werden, weil zusätzliche Stellen geschaffen wurden.

### Gesamtpersonalrat Stadt Karlsruhe

Der sinnvolle Einsatz von gesundheitlich eingeschränkten Mitarbeitern in einem internen Scan-Zentrum stand im Mittelpunkt eines Projektes des Gesamtpersonalrates der Stadt Karlsruhe.

Im Rahmen des BEM mussten Einsatzmöglichkeiten für Beschäftigte mit gesundheitlichen Einschränkungen gefunden werden. Dabei sollten einerseits sinnvolle Tätigkeiten geschaffen werden, die andererseits der Dienststelle einen Nutzen bringen. Die Dienststelle hatte begonnen, Unterlagen von externen Dienstleistern einscannen zu lassen. Es wurde die Idee entwickelt, das Einscannen von Beschäftigten mit gesundheitlichen Einschränkungen durchführen zu lassen. Nach der Ausarbeitung der Idee und Klärung der Rahmenbedingungen wurde die Einrichtung eines internen Scan-Zentrums beim Oberbürgermeis-



Stadt Nürnberg den Sonderpreis der DGB-Jugend 2012 für ihr Projekt „Papa ist geizig“.

→ ter angeregt. Dieser stimmte dem zu. In enger Zusammenarbeit mit der Dienststelle wurde die Idee in die Tat umgesetzt. Auch die betroffenen Beschäftigten wurden in die Planungen einbezogen. Innerhalb eines Jahres wurde mit dem Scan-Zentrum eine Einrichtung geschaffen, die sowohl der Dienststelle als auch den betroffenen Beschäftigten dient. Insbesondere die bis zu 15 dort eingesetzten Beschäftigten haben wieder eine sinnvolle und wertgeschätzte Tätigkeit.

#### **Gesamtpersonalrat bei der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin**

Ein wesentlicher Faktor für Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der wohnortnahe Einsatzort, um unnötige Pendlerzeiten und lange Anfahrtswege zu vermeiden. Der Gesamtpersonalrat bei der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin entwickelte dazu eine Dienstvereinbarung, die solche sozialen Aspekte berücksichtigt.

Zunächst wurde das Anliegen mit der Behördenleitung erörtert. Anschließend wurden unter allen Beschäftigten die gewünschten Veränderungsbedarfe abgefragt. Die Verhandlungen mit der Behördenleitung endeten am 8.1.2013 mit der Unterzeichnung der Dienstvereinbarung. Mit dieser wurde nun ein Verfahren festgelegt, um die Ortsveränderungswünsche der Beamtinnen und Beamten zu erfassen und dabei deren sozialen Aspekte und die bisherigen Standzeiten zu berücksichtigen. Mittels eines standardisierten Vordrucks werden die Wünsche auf Ortsveränderung mitgeteilt, u.a. die jeweiligen sozialen Aspekte. Die Sozialpunkte und die Punkte für die Standzeiten werden addiert und ergeben eine Rangfolge für die Berücksichtigung bei der Besetzung freier Stellen.

#### **Personalrat actimonda Krankenkasse Aachen**

Überlastungsmeldungen haben in der Regel einen negativen Beigeschmack. Wie Beschäftigte durch ein systematisches Verfahren vor dauerhaften Überlastungen geschützt werden und wie diese Meldung als „normales“, legitimes Mittel eingesetzt werden kann, dafür lieferte der Personalrat der actimonda Krankenkasse Aachen ein beeindruckendes Beispiel. Der Personalrat hat bei den Beschäftigten eine Arbeitsverdichtung, bedingt durch häufige Personalausfälle, festge-

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

### Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
[MBoeD@nuernberger.de](mailto:MBoeD@nuernberger.de)

# Titel



→ stellt. Der Gefahr, dass Beschäftigte nicht mehr in der Lage sind, ihr Arbeitsaufkommen zu bewältigen, sollte vorgebeugt werden. Es wurde der Abschluss einer Dienstvereinbarung zum Umgang mit Überlastungsmeldungen erzielt. Neben der Form und dem Inhalt der Überlastungsanzeige wird darin das Verfahren zu deren Bearbeitung geregelt. So ist vorgesehen, in einem Gespräch, u. a. unter Einbeziehung des Personalrats, die Überlastungssituation zu erfassen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die Meldung von Überlastungssituationen darf für die meldenden Beschäftigten keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen haben.

## Personalrat Klinikum Aschaffenburg

Ein strukturierter Wissenstransfer gewinnt angesichts des demografischen Wandels immer mehr an Bedeutung. Der Personalrat des Klinikums Aschaffenburg entwickelte einen innovativen Ansatz, um die Weitergabe von Wissen professionell zu begleiten.

Im Rahmen eines ESF-Projekts wurde in der Dienststelle eine Altersstrukturanalyse durchgeführt und anschließend aufgezeigt, welche betrieblichen und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen es in Bereichen mit hohem Risiko gibt. Als Bereich mit besonders hohem Risiko wurde die Zentralsterilisation identifiziert (kein Ausbildungsberuf, keine Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt, hohes Erfahrungswissen/implizites Wissen notwendig). Für den so identifizierten Pilotbereich wurde ein strukturierter Wissenstransfer von explizitem und implizitem Wissen im Einarbeitungskonzept vorgesehen und die dazu notwendige, frühzeitige Nachfolgeregelung wurde in die Wege geleitet. Für die Einarbeitung sind 16 Monate vorgesehen und die Stelle wurde zusätzlich „on top“ geschaffen. Nach Evaluation des gesamten Projektes soll das Vorgehen in eine Vereinbarung zum demografischen Wandel – Arbeit im Wandel (AiW) – einfließen und so die Altersstrukturanalyse verstetigt werden.

## Personalrat Kindergärten NordOst, Eigenbetrieb von Berlin

Mit dem Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Umsetzung der mittelbaren pädagogischen Arbeit (mpA) erzielte der Personalrat der Kindergärten NordOst, einem Eigenbetrieb von Berlin, die Nominierung für den „Deutschen Personalräte-Preis 2013“.

Der Personalschlüssel in den Berliner Kitas sollte so angepasst werden, dass für die mittelbaren pädagogischen Arbeiten – gemeint sind Zeiten, in denen nicht unmittelbar mit den Kindern gearbeitet wird – vier Wochenstunden zur Verfügung stehen. In den Einrichtungen der

Kindergärten NordOst wurde diese Festlegung unter Berufung auf den generellen Personal-mangel nicht bzw. nur teilweise umgesetzt. Eine Vielzahl der Beschäftigten erledigten die Aufgaben der mittelbaren pädagogischen Arbeit (mpA) in ihrer Freizeit. Die Geschäftsleitung wurde regelmäßig aufgefordert, nicht besetzte Stellen im Bereich des pädagogischen Personals gemäß KitaFöG unverzüglich zu besetzen und eine zukunftsorientierte Personalplanung zu betreiben. Alle Betroffenen konnten vom Personalrat davon überzeugt werden, dass die Zurverfügungstellung der erforderlichen Zeiten für die Durchführung der mpA innerhalb der Arbeitszeit wesentliche Voraussetzung zur Umsetzung des Berliner Bildungsprogrammes und einer qualitativ hochwertigen Arbeit in den Einrichtungen der Kindergärten NordOst ist. Die Dienstvereinbarung zur Umsetzung der mittelbaren pädagogischen Arbeit legt die mpA mit 4 Stunden wöchentlich (Vollzeitkraft) fest.

## Personalrat Stadtverwaltung Köthen

Ein Auslandspraktikum für Auszubildende im Rahmen einer bezahlten Freistellung durch den Arbeitgeber stand im Mittelpunkt eines Projektes mit dem sich der Personalrat der Stadtverwaltung Köthen beworben hat.

Auszubildende wollten über MobinarDO – ein EU-Projekt zur Förderung von Auslandspraktika im europäischen Ausland für Jugendliche in der beruflichen Erstausbildung – an einem vierwöchigen Auslandsprojekt teilnehmen. Eine bezahlte Freistellung durch die Dienststelle sollte nicht erfolgen. Die Auszubildenden haben ihren Wunsch über die Jugend- und Auszubildendenvertretung an den Personalrat herangetragen. Der Personalrat hat die Angelegenheit beraten und beschlossen, sich bei der Dienststelle für eine bezahlte Freistellung einzusetzen. Nach Beratung und Erläuterung der Möglichkeiten stimmte die Dienststelle dem Projekt zu. Bedingung war, dass das Praktikum in der Arbeitsphase stattfindet.

## Personalrat Kaufmännische Schulen Marburg

Sicherheit und Verlässlichkeit durch klar strukturierte Abläufe. Dies erreichte der Personalrat der Kaufmännischen Schulen Marburg mit einer Dienstvereinbarung zur Aufsichts- und Vertretungsregelung. Die KSM Marburg ist eine Schule mit Gesundheitszertifikaten in mehreren Bereichen und derzeit in der Vorbereitung zur Gesamtzertifizierung. Trotz dieser Programme führten strukturelle und personelle Ver-

# Titel

→ Änderungen zu Unklarheiten in zuvor festgelegten Abläufen und zu Unzufriedenheit im Kollegium. Stress verursachte vor allem die mangelnde Abgrenzung von Beruflichem und Privatem, der Krankenstand war vergleichsweise hoch. Im Widerspruch zur gesundheitsfördernden Schule stand dabei die Forderung der Schulleitung an das Kollegium nach ständiger Erreichbarkeit. Zunächst wurden die Bedürfnisse des Kollegiums auf einer Personalversammlung geklärt und formuliert. Im Anschluss erörterte der Personalrat die Wünsche und Erwartungen mit dem Schulleiter. Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde, wurden die Verhandlungen in einer weiteren Personalversammlung wieder aufgenommen. Die Dienstvereinbarung zur Aufsichts- und Vertretungsregelung wurde am 26.2.2013 geschlossen. Die Anzahl der Pausenaufsichten wurde durch Vergrößerung der Aufsichtsbereiche halbiert, so dass den Beschäftigten mehr Zeit für wirkliche Pausen bleibt. Die Beschäftigten sind nicht mehr dazu verpflichtet, sich nach dem Verlassen des Schulgebäudes über private PCs über eventuelle Vertretungen zu informieren. Zudem wurden die Grundsätze für zu leistende Vertretungsstunden festgelegt.

## Personalrat bei der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD)

Wie lassen sich vorausplanbar arbeits- und dienstfreie Wochenenden transparent, fortlaufend und belastbar einführen? Mit dieser Fragestellung beschäftigte sich das Gremium bei der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD) und schloss dazu Anfang 2013 eine Dienstvereinbarung ab.

Der Einsatz von Polizeikräften bei Großeinsatzlagen, insbesondere an den Wochenenden, hat stetig zugenommen. Die konkrete Dienst- und Arbeitszeitplanung für die Einsatzeinheiten fand und findet erst kurz vor einem Wochenende statt. Ein Erlass aus den 1980er Jahren regelte zwar ein planbares freies Wochenende; dabei wurden allerdings die dienstlichen Belange sehr in den Vordergrund gestellt. Eine verlässliche Planung für die Beschäftigten war so nicht möglich. Jederzeit musste mit der Aufhebung und Nichteinhaltung eines dienst- und arbeitsfreien Wochenendes gerechnet werden. Der Personalrat wollte mit einer Dienstvereinbarung über „Vorausplanbar freie Wochenenden“ mit transparenten und verbindlichen Regelungen die Belastungen reduzieren. Am 29.1.2013 wurden eine Dienstvereinbarung über „vorausplanbar arbeits- und dienstfreie Wochenenden“ und eine Arbeitszeitregelung für die Dienststelle unterzeichnet. Grundsätzlich soll ein arbeits- bzw. dienstfreies Wochenende pro Monat im Voraus planbar festgelegt werden.

## Personalrat Jobcenter Kreis Segeberg

Fragen zur Personalentwicklung standen im Mittelpunkt einer Dienstvereinbarung des Personalrats des Jobcenters Kreis Segeberg. Ziel ist

es dabei, die qualitative Arbeit der Beschäftigten anzuerkennen und deren Potenzial zu nutzen.

Aufgrund der Rechtslage der gemeinsamen Einrichtungen ist Personal seitens der Bundesagentur für Arbeit wie auch von der Kommune für die Aufgabenerledigung in den Jobcentern tätig. Daraus ergeben sich rechtliche und auch tarifliche Unterschiede zwischen den Beschäftigten trotz gleicher Aufgabenstellung. Mit der Personalentwicklung sollten einheitliche Regelungen für alle Beschäftigten geschaffen werden. Es wurden sämtliche bereits bestehenden Dienstvereinbarungen zu dem Thema gesammelt und kritisch für die eigene Anwendbarkeit überprüft. Im Rahmen eines Workshops gemeinsam mit der Geschäftsführung wurde dann der erste gemeinsame Entwurf für die Dienstvereinbarung Personalentwicklung erarbeitet. Die Dienstvereinbarung Personalentwicklung wurde am 15.11.2011 abgeschlossen. Geregelt werden u.a. Mitarbeitergespräche, ein Leistungs- und Entwicklungsdialog, ein Einarbeitungsplan, ein Patensystem, Coaching, Supervision, Teamentwicklung und ein Führungskräftefeedback. Seit dem zweiten Halbjahr 2012 durchlaufen nun die Teams außerhäusliche Teamentwicklungsstage, um die Kommunikation miteinander und gegenüber ihrer Führungskraft zu verbessern. ■



Weitere Informationen zum „Deutschen Personalräte-Preis 2013“ finden sich unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de)

### Die Jurymitglieder

Karsten Arendt, Personalrat Kreis Offenbach

Prof. Dr. Ulrich Batts, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin

Frank Braun, Bevollmächtigter öffentlicher Dienst HUK-COBURG

Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des DGB, verantwortlich für die Bereiche Bildung und Forschung, Jugend, Frauen sowie Beamte und Öffentlicher Dienst

Sven Hüber, Bundespolizei-Hauptpersonalrat beim Bundesministerium des Innern

Michael Kröll, Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »Der Personalrat«

Achim Meerkamp, Bundesfachbereichsleiter, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands

Angelika Neubäcker, Vorsitzende der GEW Bayern

Arnold Plickert, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Ilse Schaad, ehemaliges Mitglied im Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

# Gastbeitrag



Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der GdP

## Echte Verhandlungsrechte einfordern

Die GdP bekennt sich zum Föderalismus. Zugleich fordert sie jedoch die grundgesetzliche Verpflichtung ein, in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für einheitliche Lebensverhältnisse – auch in der Polizei – zu sorgen.

Es ist jedoch festzustellen, dass die Beamtinnen und Beamten in der zurückliegenden Zeit mit der Streichung des Weihnachtsgeldes, der Erhöhung der Wochenarbeitszeit, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder auch der zu enormen Arbeitsverdichtung führenden restriktiven Einstellungspolitik in den letzten Jahren, viele Einschnitte haben hinnehmen müssen. Wir vertreten den Standpunkt, dass die Zeit der Sonderopfer für Beamte und Versorgungsempfänger vorbei sein muss. Spätestens mit der Föderalismusreform I in 2006 sind die einheitlichen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland für die Beamtinnen und Beamten in die weite Ferne gerückt. Das lässt sich schon jetzt an dem erheblichen Auseinanderdriften der Besoldung und Versorgung in den Ländern festmachen. Schon jetzt lassen sich in einem Besoldungsranking unter den Bundesländern erhebliche Differenzen im Gehaltsgefüge der Beamten feststellen. Der Besoldungswettlauf zwischen Bund und Ländern und den Ländern untereinander ist voll im Gange. Die Tendenz in einzelnen Bundesländern, sowohl den Zeitpunkt als



Foto: GdP

auch die Höhe der Besoldung abweichend vom Tarifiergebnis übernehmen zu wollen, führt zu einem weiteren erheblichen Auseinanderdriften der Besoldung und Versorgung auf Landesebene und die vorhandenen Defizite in der Besoldung und Versorgung werden noch größer.

Die Forderung der GdP, das Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger zu übertragen, hat jedoch für die Besoldungsrunde 2013 deutlich werden lassen, dass die Politik die Forderung von DGB und GdP „Verhandeln statt verordnen“ vollkommen ignoriert. Stattdessen wird nach Gutsherrenart entschieden.

Wen wundert's, dass die Beamten keine Bittsteller mehr sein wollen und ihr Protest immer lauter wird.

Es ist an der Zeit, dass wir uns gewerkschaftlich aufstellen und unsere Forderungen nach einem echten Verhandlungs- und Vertragsrecht, auch bei den Besoldungsstrukturen, gemeinsam vertreten und durchsetzen. ■



DGB

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



Bund

## Beschäftigte können mit Hilfe bei Flutschäden rechnen

Der Bund bewilligt großzügigere Vorschüsse für Beschäftigte, die von Hochwasserschäden betroffen sind. Angesichts der starken Zerstörungen, die Überflutungen in weiten Teilen Deutschlands angerichtet haben, hat das Bundesinnenministerium die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen in besonderen Fällen geändert. Wie das Ministerium in einem Schreiben an die obersten Bundesbehör-



Foto: fotolia.de/Ronald Hudson

den mitteilt, kann der Vorschuss bis zu 10.000 Euro pro Haushalt betragen. Er wird zudem nicht nur gegeben, falls der Verlust von Hausrat, Möbeln oder Kleidung nicht durch eine Versicherung gedeckt ist. Auch wenn Bundesbedienstete gegen die Hochwasserschäden versichert sind, aber die Versicherung noch nicht für den Schaden aufgekommen ist, können sie einen Vorschuss erhalten. Abwei-

chend von der bisherigen Regelung kann Antragstellerinnen und Antragstellern mehr Zeit eingeräumt werden, um den Vorschuss zurückzuzahlen. Spätestens nach fünf Jahren soll der ausstehende Betrag getilgt sein, so lautet die Anweisung des Bundesministeriums. Üblicherweise sind hierfür nur zwanzig Monate vorgesehen. Die Tilgungsraten können abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Betroffenen individuell festgelegt werden. Durch lang anhaltenden und starken Regen waren im Juni Flüsse und Bäche so stark angeschwollen, dass ganze Regionen und Städte überschwemmt wurden. Besonders betroffen waren Landstriche an Elbe und Donau. Die Schäden werden auf mehrere hundert Millionen Euro geschätzt. Siehe auch Seite 17. ■

## Altersgeldgesetz kann in Kraft treten

Mit etwas Verzögerung kommt das Gesetz über die Gewährung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten – kurz Altersgeldgesetz. Der Bundesrat hatte den bereits vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf im Juni auf Grund zweier ungenauer Formulierungen an den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat verwiesen.

Der Bundestag nahm die Empfehlungen des Vermittlungsausschusses, mit denen das Gesetz unmissverständlich auf den Bundesbereich beschränkt wird, einstimmig an. Als nächster und letzter Schritt steht somit nur noch die Verkündung des Gesetzes aus.

Mit den Regelungen wird eine langjährige Forderung des DGB erfüllt. Bislang verlor ein Beamter bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis seine Versorgungsansprüche und wurde in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert.

Allerdings hatte der DGB im Beteiligungsverfahren deutliche Kritik an Detailregelungen geübt. So sieht er die Wartezeit von sieben Jahren als nicht gerechtfertigt an, da in der

Rente, bei der betrieblichen Altersversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in der Beamtenversorgung diese lediglich fünf Jahre beträgt. Auch die pauschale Kürzung des Altersgeldanspruchs ist nach Ansicht des DGB viel zu hoch. Die Einwände wurden nicht aufgegriffen. Gleichwohl stellt das neue Altersgeld für die Betroffenen eine Verbesserung hinsichtlich der bisherigen Praxis dar und kann die Mobilität zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft positiv beeinflussen. ■

## Besoldung steigt zum 1. August

Die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger beim Dienstherrn Bund steigen zum 1. August um 1,2 Prozent (Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2012/2013). Die Erhöhung orientiert sich an der Tarifeinigung für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 31. März 2012. Im Gegensatz zu den Tarifbeschäftigten des Bundes, deren Löhne um 1,4 Prozent steigen, fließen bei den beamteten Kolleginnen und Kollegen allerdings 0,2 Prozentpunkte in die sogenannte Versorgungsrücklage. Diese wurde mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 zur Abfederung der Versorgungsausgaben ab 2018 eingeführt. Mit der aktuellen Besoldungserhöhung ist das BBVAnpG 2012/2013 umgesetzt. Im Rahmen der Anfang 2014 erfolgenden Besoldungsrunde Bund gilt es insbesondere durch das Engagement der Beamtinnen und Beamten deutlich zu machen, dass der Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ auch weiterhin gelten muss. ■

Post – Postbank – Telekom

## Neue Prämien und Zulagen geplant

In den Postnachfolgeunternehmen richtet sich die Vergabe von Leistungszulagen nach der Postleistungszulagenverordnung. In ihr ist geregelt, wann eine Zulage zur Abgeltung von Leistungen, die über die regelmäßigen Anfor-

# Meldungen

derungen hinsichtlich Güte, wirtschaftlichen Erfolg oder geleistete Arbeitsmenge erheblich hinausgehen, gewährt werden kann. Das Bundesministerium der Finanzen plant nun den Erlass einer Verordnung über die Prämien- und Zulagengewährung an Beamtinnen und Beamte der Postnachfolgeunternehmen, welche die bislang geltende Postleistungszulagenverordnung ablösen soll. Vorgesehen ist zum einen eine Leistungs- und Erfolgsprämie, die als Einmalzahlung oder auch als Sachbezug gewährt werden kann. Zum anderen normiert der Verordnungsentwurf die Möglichkeit der befristeten Zahlung einer monatlichen Zulage in Höhe von maximal 25 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe der die Beamtin oder der Beamte angehört, wenn diese bzw. dieser über einen Zeitraum von min-

destens drei Monaten eine besondere Leistung oder einen für das Postnachfolgeunternehmen nachhaltig wirkenden Erfolg erbracht hat. Letzterer müsse sich noch nicht realisiert haben, sondern könne für die Zukunft zu erwarten sein. Fällt die Leistung ab, so sei die Zulage zu widerrufen. Bei der Berechnung der Höhe der leistungsbezogenen Besoldungselemente soll die Leistung bzw. der erzielte Erfolg unter Berücksichtigung des Nutzens für das Postnachfolgeunternehmen wesentlicher Maßstab sein. Der DGB hat im derzeit laufenden Beteiligungsverfahren deutlich gemacht, dass eine gerechte und transparente Zulagen- bzw. Prämien-gewährung nur möglich ist, wenn die Kriterien der Vergabe hinreichend konkret formuliert und somit gegebenenfalls auch überprüfbar sind. ■

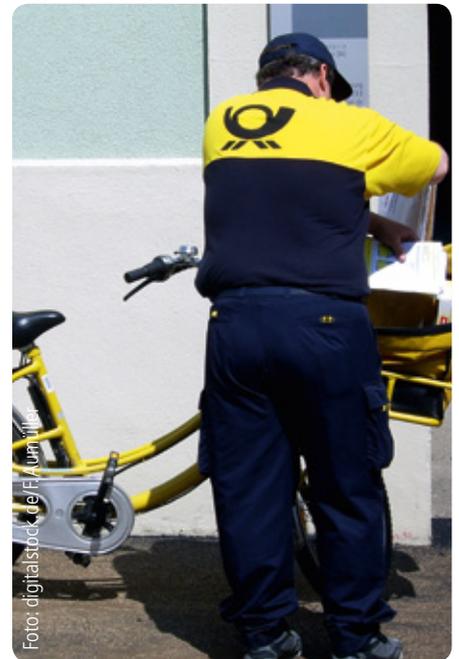


Foto: digitalstock.de / Jürgen Müller

## Unser Angebot – Ihr Vorteil

Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen. Die Seniorenresidenzen des Augustinum setzen bundesweit an 22 Standorten anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



[www.augustinum.de](http://www.augustinum.de)

Bei Haut- und Atemwegserkrankungen: Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)

Im Urlaub auf dem Weg zum Wunschgewicht – mit einem Ernährungs- und Bewegungsprogramm. Intensiver Einstieg in eine schlanke Zukunft.



[www.abnehmenundmeer.de](http://www.abnehmenundmeer.de)

Das Zentrum für chronische Haut- und Atemwegserkrankungen, für Allergien bei Erwachsenen und Kindern sowie psychosomatischen Erkrankungen bei Frauen.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)

# Aus den Ländern



**Spätestens nach dieser Besoldungsrunde muss festgestellt werden: Der Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ wankt. Während in Bayern die Bezüge entsprechend der Tarifeinigung für die Angestellten im Landesdienst**

**2013 und 2014 um insgesamt 5,6 Prozent steigen, sollen andernorts BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen Nullrunden hinnehmen.**

Neben **Bayern** entspricht auch die Besoldungs- und Versorgungsanpassung in **Hamburg** weitestgehend dem Tarifergebnis. Allerdings fließen jeweils 0,2 Prozent in die Versorgungsrücklage, sodass die Bezüge tatsächlich um 2,45 bzw. 2,75 Prozent steigen. Diese Minderung wird ebenso in **Thüringen**, welches die Bezüge zum 1. Oktober 2013 bzw. 1. August 2014 anhebt, und **Schleswig-Holstein**, Anpassung zum 1. Juli 2013 sowie zum 1. Oktober 2014, vorgenommen. Im nördlichsten Bundesland wurde bis einschließlich A11 zudem zum 1. Mai 2013 eine Einmalzahlung von 360 Euro ausgezahlt. 2014 gibt es nochmals 450 Euro extra.

**Niedersachsen** übernimmt das Tarifergebnis zum 1. Januar 2013 und zum 1. Juni 2014 und **Sachsen-Anhalt** zum 1. Juli des jeweiligen Jahres.



Foto: fotolia.de/c

2013 und 2014 beträgt jeweils ein Prozent. Die übrigen Besoldungsgruppen erwartet auch hier eine Nullrunde.

Die restlichen Bundesländer weichen gänzlich vom der Tarifeinigung ab. **Berlin** erhöht die Bezüge zum 1. August 2013 um 2 Prozent und 2014 voraussichtlich um 2,5 Prozent. In **Brandenburg** werden sie zum 1. Juli dieses Jahres um 2,65 Prozent und um 2 Prozent in 2014 angehoben. **Mecklenburg-Vorpommern** sieht eine Steigerung von jeweils 2 Prozent zum 1. Juli 2013 sowie 1. Januar 2014 vor. Im **Saarland** erhalten die BeamtInnen bis A9 zum 1. Mai 2013, von A10 bis

## Unterschiedlicher „Lohn“ für gleiche Arbeit

### Über die Auswüchse des Besoldungsföderalismus

Differenziertes Vorgehen: **Sachsen** passt die Bezüge bis A9 zum 1. April und ab A10 zum 1. September um 2,65 Prozent an. 2014 erfolgt dann die Erhöhung um 2,95 Prozent wieder einheitlich zum 1. April. In **Baden-Württemberg** bekommen die Betroffenen bis einschließlich A9 zum 1. Juli 2013, bis einschließlich A11 zum 1. Oktober 2013 und für die übrigen Besoldungsgruppen zum 1. Januar 2014 um 2,45 Prozent erhöhte Bezüge. Für 2014 ist eine zeitlich analoge Anpassung um 2,75 Prozent vorgesehen. Nach Vorstellung des **nordrhein-westfälischen** Gesetzgebers sollen die Bezüge bis A10 zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent und zum 1. Januar 2014 um 2,95 Prozent steigen. Bei A11 sowie A12 ist für beide Jahre eine Erhöhung um jeweils 1 Prozent vorgesehen. Die Bezüge der übrigen BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen sollen hingegen nicht angepasst werden. Ähnlich geht **Bremen** vor, wobei dort die Erhöhung bis einschließlich A10 erst zum 1. Juli 2013 und der zweite Schritte zum 1. Juli 2014 erfolgen soll. Die Anhebung bei A11 und A12 zum 1. Juli

A13 zum 1. Juli 2013 und ab A14 zum 1. September 2013 2,3 Prozent mehr und analog für 2014 1,8 Prozent. Darüber hinaus fließen jeweils 0,2 Prozent in die Versorgungsrücklage. In **Rheinland-Pfalz** bleibt es bei der jährlichen Anpassung um 1 Prozent bis 2016.

**Hessische** BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen erhalten – nach Abzug von 0,2 Prozentpunkten für die Versorgungsrücklage – entsprechend des dort gefundenen Tarifergebnisses zum 1. Juli 2013 und zum 1. April 2014 um jeweils 2,6 Prozent erhöhte Bezüge. Die diesjährige Besoldungsrunde zeigt, dass die durch die Föderalismusreform I auf die Länder übertragene Gesetzgebungskompetenz bei der Besoldung zu deren Fragmentierung führt. Der DGB ist der Auffassung, dass der Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ wieder gefestigt werden und die allgemeine Forderung an den öffentlichen Dienst nach guter Arbeit die Verpflichtung nach sich ziehen muss, auch entsprechend gute Bedingungen – einschließlich angemessener Bezahlung – zu schaffen. ■

# Aus den Ländern

## Baden-Württemberg

### Rechnungshof: Land muss 30.000 Stellen streichen

Die geforderten Stellenstreichungen in Baden-Württembergs öffentlichem Dienst lösen beim DGB Empörung aus. Laut Landesrechnungshof müsse das Land bis 2020 nahezu 30.000 Arbeitsplätze streichen, um die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Sie verpflichtet die Länder ab 2020 nur noch konjunkturell bedingte Schulden aufzunehmen. „Ein solch massiver personalpolitischer Kahlschlag im öffentlichen Dienst des Landes wäre eine Kampfansage an die Gewerkschaften“, so der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf. Der Rechnungshof solle sich dafür stark machen, dass die öffentlichen Haushalte ihre Einnahmen steigern, statt nur „die alte Leier vom Personalabbau zu spielen“. ■

## Bayern

### DGB will Rechte der Personalräte stärken

Der DGB möchte mehr Mitbestimmung in Bayerns öffentlichem Dienst erreichen und fordert die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes (BayPVG). Mittels lückenloser Mitbestimmung sei die Arbeit der Personalräte zu stärken. Das derzeitige BayPVG passe in vielen Bereichen nicht mehr zur Lebenswirklichkeit und den veränderten Gegebenheiten in den Dienststellen. „Es räumt den Beschäftigten und ihrer Vertretung wenige Rechte ein und ist im Grundsatz vom Misstrauen gegenüber den Beschäftigten geprägt“, kritisiert der Vorsitzende des DGB-Bezirks, Matthias Jena. Den Vorschlägen zufolge wäre der Personalrat künftig in allen sozialen, personellen und organisatorischen Angelegenheiten zuständig. Es sollten mehr Personalräte als bislang freigestellt und die Möglichkeiten zur Teilnahme an Schulungen erweitert werden. Auch müssten Verstöße gegen die Mitbestimmungsrechte in Zukunft Sanktionen nach sich ziehen.

Zudem spricht sich der DGB dafür aus, vom BayPVG abweichende Tarifregelungen treffen zu können, um die Personalrätestrukturen besser an den Wandel in Dienststellen anzupassen. ■

## Berlin

### GdP: Knappes Budget für neue Kleidung

Das Budget für Kleidung der Berliner Polizistinnen und Polizisten wird einmalig aufgestockt. Sie erhalten 37,50 Euro, um eine zeitliche Verschiebung der Freigabe des Budgets zu überbrücken. Die Freigabe wird von Januar auf April 2014 verlegt, weil die Versorgung der Beschäftigten bei Polizei und Justiz in Berlin und Brandenburg vereinheitlicht wird. Mehr Geld war zunächst nicht vorgesehen, die GdP

protestierte. „Das hätte für die Beschäftigten bedeutet, das jeweilige Budget um drei Monate zu strecken“, erklärt der Landesbezirksvorsitzende Michael Purper. Die Betroffenen seien ohnehin gefordert, mit ihrem Jahresbudget von 150 Euro über die Runden zu kommen. Mit einem Paar neuer Schuhe oder einer neuen Jacke sei das Geld in der Regel aufgebraucht. Die GdP kritisiert die Qualität der Ausrüstung. Die Kleidung verschleisse schnell, wärme nicht richtig und lasse Regen durch. Antworten des Senats auf eine Kleine Anfrage der Piratenpartei, die von einer den Anforderungen gerechten Ausrüstung sprechen, seien realitätsfern. Bei der Beantwortung solcher Fragen solle sich der Senat an der Basis umhören. ■

## Brandenburg

### Höhere Besoldung ausgehandelt

Einen „Durchbruch bei allen relevanten Fragen“ im Beamtenbereich vermeldet der DGB Brandenburg. Die Gewerkschaften haben mit der Landesregierung ein Besoldungs- und Beschäftigungspaket vereinbart. Demnach bekommen Beamtinnen, Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ab Juli 2,65 Prozent mehr Gehalt. Die Bezüge steigen am 1. Juli 2014 um weitere zwei Prozent. Ein Kompromiss zum Weihnachtsgeld wurde ebenfalls gefunden. Es wird in Höhe von 21 Euro in die Grundgehaltstabelle eingebaut und damit ruhegehaltstabil. Die Landesregierung verpflichtet sich, ältere Beschäftigte stärker zu entlasten und mehr junge einzustellen. Das Paket stelle sicher, dass auch künftig ausreichend und gut qualifizierte Beschäftigte zur Verfügung stehen, sagte Finanzminister Helmuth Markov (Linke). Die Zahl der Polizeianwärterinnen und -anwärter steigt laut Innenminister in den Jahren 2013 und 2014 von 350 auf 480. Rund 400 neue Stellen gibt es für Lehrerinnen und Lehrer. Besonders erfreut ist die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke über die zugesagte weitere Ermäßigungs-



Foto: Eduard N. Fiegel

# Aus den Ländern

stunde für Lehrer ab 60 Jahren und mit 35 Dienstjahren. Beschäftigte bei Polizei, Justiz und Feuerwehr können in den beiden Jahren vor der Pensionierung ihre Arbeitszeit auf 80 Prozent senken. Innenminister Dietmar Woidke (SPD) dankte den Gewerkschaften für ihren konstruktiven Verhandlungsbeitrag. Das Paket sei eine „echte Gemeinschaftsleistung“. Über das Verhandlungsergebnis soll im Herbst der Landtag entscheiden. ■

Bremen

## Zusätzlichen Urlaub beantragen

Bremen will die Zahl der Urlaubstage für junge Beamtinnen und Beamte erhöhen. Der Senat beabsichtigt, die Urlaubsregelung für die Tarifbeschäftigten der Länder auf die Beam-

tenschaft zu übertragen. Nunmehr sollen alle Beamtinnen und Beamten der Hansestadt (mit Ausnahme der im Vorbereitungsdienst), die regelmäßig an fünf Tagen in der Woche im Dienst sind, einen Anspruch auf 30 Tage Jahresurlaub haben. Die Tarifregelung wurde getroffen, nachdem das Bundesarbeitsgericht einen nach Alter gestaffelten Urlaubsanspruch als Benachteiligung jüngerer Beschäftigter beurteilt hatte. Die neue Bestimmung soll rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft treten, wie der Gesamtpersonalrat (GPR) mitteilt. Der zusätzliche Urlaubstag, jeweils für 2011 und 2012, solle bis Ende 2013 genommen werden, sonst verfallende. Der Urlaub kann laut GPR bereits seit 2. Juli beantragt werden. Das habe der Senat im Vorgriff auf die geplante Änderung der Urlaubsverordnung gestattet. ■

Hamburg

## Ein Urlaubstag mehr für junge Beamte

In Hamburg sollen auch junge Beamtinnen und Beamte 30 Tage Urlaub bekommen. Mit der Erhöhung um einen Tag für Beschäftigte unter 40 Jahren will das Land die Erholungsurlaubsverordnung an die Regelung im Tarifbereich anpassen. Die bisherige Regelung mit einer nach dem Alter gestaffelten Urlaubsdauer war gemäß einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur vergleichbaren TV-L-Regelung altersdiskriminierend. Der DGB erklärt: „Diese Gleichbehandlung beider Statusgruppen ist ein Gebot der Gerechtigkeit und dient dem inneren Betriebsfrieden.“ Damit werde eine Zusage von Bürgermeister Olaf Scholz



– Anzeige –

## SEMINAR-SERVICE „Beamtenversorgungsrecht“

### Von Praktikern für die Praxis

Die Teilnehmer erhalten während des Seminars themenbezogene Unterlagen, beispielsweise einen Ratgeber zur „Beamtenversorgung in Bund und Ländern“, den aktuellen Text des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) und einen Folienvortrag zum Beamtenversorgungsrecht“.

**Hotel** Die Seminare finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung (Nähe Hauptbahnhof) statt. Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

**Teilnehmergebühr** 295,00 Euro zzgl. MwSt.

### Termine

- Donnerstag 05.09.2013 Frankfurt
- Dienstag 01.10.2013 Hannover
- Donnerstag 10.10.2013 Düsseldorf

**Ja**, ich melde mich verbindlich für das Seminar an.

## INFO-SERVICE

Öffentlicher Dienst/Beamte

### Absender

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Datum

Unterschrift

### Kontaktdaten

INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte  
1. Industriestr. 1–3  
68804 Altlußheim

Telefon: 0211 72134571  
Telefax: 0211 72134573  
infoservice@beamten-informationen.de  
[www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

# Aus den Ländern

(SPD) eingelöst. Auf Ablehnung stößt jedoch, dass die bisherige Praxis, bei regelmäßig wiederkehrenden 24-Stunden-Schichtdiensten bei der Feuerwehr Zusatzurlaub zu gewähren, entfallen soll. ■

Hessen

## GEW protestiert gegen Besoldungsgesetz

Die GEW fordert, dass das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst des Landes vollständig auf Hessens Beamtinnen und Beamte übertragen wird. Die Gewerkschaft protestiert mit einer Unterschriftenaktion gegen Abstriche im Gesetzentwurf von CDU und FDP zur Tarifübernahme. Sie lehnt es ab, dass die Einmal-

zahlung in Gesamthöhe von 675 Euro bei einer Vollzeitstelle nicht enthalten ist und die prozentuale Gehaltserhöhung um 0,2 Prozentpunkte gekürzt wurde. Für 2013 und 2014 ist statt einer Anhebung um 2,8 Prozent eine um 2,6 Prozent geplant. „Absolut unerträglich ist auch der Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, die für Vertretungsunterricht lediglich befristete Verträge – oft ohne Bezahlung der Sommerferien – angeboten bekommen“, ergänzt die GEW. Sie würden vom Kultusministerium als „billige flexible Verfügungsmasse missbraucht“. Die GEW weist Ankündigungen zurück, wonach Betroffene, die mehrfach unter Vertrag waren, im kommenden Schuljahr keine neuen Verträge mehr bekommen sollen. Sie erinnert an die Tarifvereinbarung, wonach

im Herbst Verhandlungen zur Eindämmung der Fristverträge aufgenommen werden sollen. Vorlagen für die Aktion mit dem Motto „WIR SAGEN: NEIN DANKE“ stehen im Internet zur Verfügung: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de). ■

Mecklenburg-Vorpommern

## Polizei bekommt Winterreifen

Mecklenburg-Vorpommern stattet Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Winterreifen aus. Das hat Innenminister Lorenz Caffier (CDU) in einem Schreiben an die GdP angekündigt. „Damit hat Minister Caffier endlich auf die jahrelange berechtigte Kritik der GdP reagiert und eine Entscheidung getroffen, zu der sich seine Vorgänger nicht in der Lage sahen“, sagte der

## Internetanzeigen im Bannerformat Online. der schnelle Weg zum Ziel

### Sie wollen sich hier präsentieren?

Ihre Banner-Anzeige präsentieren wir im Beamten-Magazin und im Internet unter [www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de). Für den Komplettpreis von 60 Euro (zzgl. MwSt.) erreichen Sie 34.000 Leser und monatlich 50.000 Besucher. Anzeigenbuchung unter [www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing](http://www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing).



**Darlehen gibt es auch für  
Tarifkräfte**

[www.beamtenkredite-online.de](http://www.beamtenkredite-online.de)



**Mit einer Stellenbörse für  
Ausbildungsplätze**

[www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de)



**Aus der Praxis für die Praxis**

[www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare)



**Nur 10 Euro im Jahr: OnlineBücher  
des DBW**

[www.dbw-online.de/onlineservice](http://www.dbw-online.de/onlineservice)



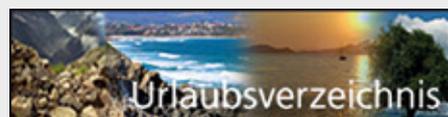
**Der PDF-SERVICE für 15 Euro im Jahr**

[www.beamten-informationen.de/pdf\\_service](http://www.beamten-informationen.de/pdf_service)



**Die Bank für Beamte und den  
öffentlichen Dienst**

[www.der-oeffentliche-sektor.de/bezuegekonto](http://www.der-oeffentliche-sektor.de/bezuegekonto)



**Urlaubsverzeichnis**

[www.urlaubsverzeichnis-online.de](http://www.urlaubsverzeichnis-online.de)



**DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil**

[www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

# Aus den Ländern

Landesvorsitzende Christian Schumacher. Es sei nicht hinnehmbar, dass Polizisten wie im vergangenen Winter teils nur mit Schrittschwindigkeit sicher zum Einsatzort kommen. ■

Niedersachsen

## Besoldungsanpassung für 2014 verschoben

Niedersachsens Beamtinnen und Beamte sollen 2014 erst ab 1. Juni mehr Geld bekommen. Die Landesregierung beschloss auf ihrer Haushaltsklausur, die tariflich vereinbarte Steigerung von 2,95 Prozent nicht schon ab 1. Januar zu übernehmen. Der DGB kritisiert den Beschluss zur Besoldungsanpassung 2014 scharf. „Damit wird die Besoldung der Beamtinnen und Beamten von der Entwicklung der Gehälter der Tarifbeschäftigten abgekoppelt“, warnt der Landesvorsitzende Hartmut Tölle. Als „Wortbruch gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern“ bezeichnete Tölle, dass die für nächstes Jahr bei der Arbeitszeit vorgesehene Altersermäßigung ab dem 55. Lebensjahr ausgesetzt werden soll. Begrüßenswert hingegen seien Beförderungen bei der Polizei und ein höherer Etat für Beamte im Vorbereitungsdienst. Laut Haushaltsentwurf sollen 750 Stellen der Besoldungsgruppe A9 auf A11 angehoben werden. Für Nachwuchskräfte, die altersbedingt ausscheidende Polizistinnen und Polizisten ersetzen sollen, stehen 26 Millionen Euro zur Verfügung, 786.000 Euro mehr als bisher. ■

Nordrhein-Westfalen

## Klagen gegen Besoldungsgesetz

Die Gewerkschaften wollen das Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Nordrhein-Westfalen (NRW) vor Gericht anfechten. DGB, GdP und GEW berufen sich auf führende Rechtswissenschaftler, die das Gesetz für verfassungswidrig halten. Der Berliner Jurist Prof. Ulrich Battis hatte für die GEW ein Gutachten angefertigt und zur Klage ge-

raten. „Die Landtagsmehrheit hat sich in einem Willkürakt über alle juristischen Bedenken hinweggesetzt“, kritisierte die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Auch der DGB-Landesbezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber reagierte enttäuscht: „Die Fraktionen von SPD und Grünen scheinen unbelehrbar zu sein.“ Aus seiner Sicht wären Klagen nicht nötig gewesen. „Anstatt mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, hätten Landesregierung und Regierungsfractionen mit den Gewerkschaften einen fairen und rechtssicheren Kompromiss aushandeln können.“ Meyer-Lauber begrüßte, dass die Oppositionsfractionen eine Normenkontrollklage vor dem Landesverfassungsgericht einreichen wollen. Das Gesetz kopple einen großen Teil der Beamtinnen und Beamten von der Einkommensentwicklung ab. Die Gehaltssteigerung für die Besoldungsgruppen A11 und A12 ist in den kommenden beiden Jahren auf ein Prozent begrenzt. Beamtinnen und Beamte ab A13 gehen leer aus. „Kein anderes Bundesland – außer Bremen – behandelt seine Beamten so schlecht wie NRW“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert. ■

Rheinland-Pfalz

## Kampagne fordert Planstellen für junge Lehrer

Die GEW hat eine Kampagne gegen die Einstellungspraxis bei jungen Lehrerinnen und Lehrern in Rheinland-Pfalz gestartet. Damit wolle sie den notwendigen Druck aufbauen, um das Bildungsministerium und die Landesregierung zum Umdenken zu bewegen, erklärte der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer. Die Kampagne „Wir wollen rein! – Junge Lehrkräfte brauchen eine Perspektive“ fordert mehr Planstellen, damit junge Lehrer eine sichere berufliche Perspektive bekommen. Nach Angaben der GEW werden an Schulen seit



Jahren Lücken beim Personal durch befristete Vertretungsverträge überbrückt. Landesweit gebe es mehr als 2.000 solcher Kontrakte für die Vertretung bei Krankheit oder Elternzeit. Sie gelten maximal für ein Schuljahr, viele enden am Beginn der Sommerferien. Nur ein kleiner Teil der jährlich 1.500 ausgebildeten Nachwuchskräfte könne mit einer Planstelle rechnen, beklagt Hammer. Der Lehrerberuf sei weitaus höher als die Zahl der Planstellen. Die GEW wirbt mit Plakaten, Postkarten und einer Unterschriftenaktion für ihre Forderungen. ■

Saarland

## Berichte des Verfassungsschutzes stehen online

Auf das Saarland bezogene Informationen des Verfassungsschutzes können online eingesehen werden. Das Innenministerium stellt auf seiner Internetseite Berichte für das Jahr 2012 zur Verfügung. Laut Ministerium betreffen sie die Beobachtungsbereiche Extremismus, Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz und Organisierte Kriminalität. Die Informationen sind zu finden unter [www.saarland.de/4485.htm](http://www.saarland.de/4485.htm). ■

Sachsen

## Gewerkschaften: Zu wenig Zeit für Stellungnahme

Die Spitzenverbände der Beamtinnen und Beamten in Sachsen rügen die Staatsregierung wegen einer zu kurzen Beteiligungsfrist bei der Dienstrechtsreform. „Drei Jahre Vorbereitung der Ministerien, fast 500 Seiten, zwei

# Aus den Ländern

Kabinettsitzungen und dann müssen die Gewerkschaften innerhalb von vier Wochen in einem verkürzten Verfahren Stellung beziehen“, kritisiert der DGB. Die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsfrist werde ausgehebelt. In der kurzen Zeit sei es nicht möglich, den Gesetzestext fundiert zu bearbeiten und Stellungnahmen abzugeben. Die Gewerkschaften erwarten im Gesetzgebungsverfahren von den Fraktionen des Landtags, „dass sie die Beteiligung der Beschäftigtenvertreter ernster nehmen als die Staatsregierung“. Der DGB hatte die Reform bereits im Vorentwurf als enttäuschend bewertet. Kritikpunkte sind insbesondere die Anhebung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre und die vorgesehenen Leistungselemente bei der Besoldung. Mit dem Gesetz werden dienstrechtliche, besoldungsrechtliche sowie versorgungsrechtliche Änderungen vorgenommen. ■

Sachsen-Anhalt

## GEW empört über „Falschaussagen“ zum Sparkurs

Sachsen-Anhalts GEW-Vorsitzender wirft der Landesregierung vor, die Öffentlichkeit über die Zustände im Land zu täuschen. In der öffentlichen Auseinandersetzung um Haushaltskürzungen führe die Regierung immer neue Schutzbehauptungen und Falschaussagen ins Feld, um den eingeschlagenen Weg zu rechtfertigen, empört sich Thomas Lippmann. Er kritisiert „eine Reihe unhaltbarer Aussagen“ in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Haushaltskonsolidierung. So behaupte Reiner Haseloff (CDU), die Strukturen entsprächen weitgehend noch der Zeit mit drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Jeder im Land wisse, „dass wir in den letzten 20 Jahren die Verwaltungsstrukturen – ob in der Landesverwaltung oder den Kommunen – ununterbrochen der sinkenden Bevölkerungszahl angepasst haben“, sagt Lippmann. Von 1.700 öffentlichen Schulen seien 900 geschlossen worden, nur noch zwei-

te der ehemals mehr als 30.000 Lehrkräfte stehe noch vor einer Klasse. „Während die Bevölkerung seit der Wende um etwa 20 Prozent geschrumpft ist, wurde in der gleichen Zeit das Landespersonal um mehr als 60 Prozent reduziert“, rechnet Lippmann vor. Die Landesregierung will angesichts von Schulden in Höhe von 21 Millionen Euro in allen Bereichen sparen und Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. ■

Schleswig-Holstein

## Polizei muss 122 Mitarbeiter einsparen

Die GdP warnt vor weiterem Personalabbau bei der Polizei in Schleswig-Holstein. Der Beschluss des Landeskabinetts, auf 122 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verzichten, sei falsch. Die Polizei trage bereits ein Defizit von 160 Stellen vor sich her, sagt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner. „Angesichts von Belastung, Überalterung, hohen Einsatzzahlen mit einer eskalierenden Gewalt im Alltag ist überhaupt kein Raum für weitere Personaleinsparungen.“ Die Polizei soll in den kommenden sieben Jahren Stellen abbauen, um einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts und zur Einhaltung der Schuldenbremse zu leisten. ■

Thüringen

## DGB: Keine weiteren Einsparungen bei Kommunen

Der DGB Thüringen weist Vorschläge zum Abbau kommunaler Leistungen zurück. „Kosteneinsparmöglichkeiten durch weiteren Abbau kommunaler Leistungen sind in Thüringen ausgeschöpft“, erwidert die Landesvorsitzende Renate Licht auf ein Gutachten der Industrie- und Handelskammern. „Ein Besuch bei Stadt- und Gemeindeverwaltungen zeigt, dass dem rasanten Personalabbau der Vergangenheit mehr als 30 Prozent der Arbeitsplätze zum Opfer gefallen sind.“ An den Vorschlä-

gen zu schlechteren Standards unter anderem bei der Kinderbetreuung, zur Privatisierung des Katastrophenschutzes und von Kraftfahrzeugzulassungsstellen werde deutlich, in welchem Interesse begutachtet worden sei. Der DGB lehnt es ab, dass öffentliche Aufgaben an private Dienstleister vergeben werden. Statt Vorschlägen zum Abbau sei eine Aufgabenkritik in allen kommunalen Bereichen gefragt, um den öffentlichen Dienst bürgernah und zukunftsorientiert zu gestalten. Die Finanzierung der Aufgaben müsse dauerhaft sichergestellt werden. Mit seinen steuerpolitischen Vorschlägen habe der DGB Alternativen zu den bis 2020 geplanten Haushaltskürzungen aufgezeigt. Das Gutachten der IHK sucht nach Einsparmöglichkeiten, die zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Es setzt auf kommunaler Ebene an, während das Land laut der Verfasser eher auf eine Verwaltungs- und Gebietsreform setzt. ■



Foto: Eduard N. Fiegel

# Aus den Gewerkschaften

## Notfallhilfe für Flutopfer

Im Juni hatten Überschwemmungen vor allem Häuser und Siedlungen in einigen Teilen Deutschlands zerstört. Die Gewerkschaften wollen Menschen helfen, die Schaden durch die Flutkatastrophe erlitten haben. Sie sammeln Spenden und zahlen Mitgliedern eine Soforthilfe. Kolleginnen und Kollegen seien vom Hochwasser teils existenziell betroffen, berichtete der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. ver.di-Mitglieder können bei ihrem zuständigen Bezirk eine Einmalzahlung erhalten, je nach Schadenshöhe zwischen 500 und 1.000 Euro. Die GEW unterstützt stark betroffene Mitglieder mit 250 Euro. Für jedes im Haushalt lebende Kind kommen 50 Euro hinzu. Die Notfallhilfe kann bei den Landesverbänden beantragt werden. Auch beim Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ können Betroffene Hilfe bekommen. Der DGB ruft zu Spenden auf das Konto des Vereins auf, Stichwort „Flutopfer 2013“. EVG und GdP haben Sonderkonten eingerichtet. Wie die EVG berichtet, wurden bereits rund 240.000 Euro von Eisenbahnern für Eisenbahner gespendet. ■



### Spendenkonto

Gewerkschaften helfen e.V.

Nord LB, Kto-Nr. 015 201 1490, BLZ 250 500 00

Stiftung Eisenbahn Waisenhort

Sparda Bank West, Kto-Nr. 207 080 708, BLZ 360 605 91

Hochwasserhilfe Polizei

Commerzbank, Kto-Nr. 183 68 40, BLZ 810 400 00

Foto: fotolia.de/lightvisual

<sup>1)</sup> Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach §10a EStG (pro Jahr 2.100,- Euro)  
<sup>2)</sup> Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe“ von „Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012

DGB Das RentenPlus:  
Spezialtarif mit  
**40 % Rabatt**



## DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

► **40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente:**

- Attraktive Ertragschancen bei 100 % Garantie  
Ihre Einzahlung und staatliche Zulagen sind zu Beginn der Auszahlphase garantiert. Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- Staatliche Förderung<sup>1)</sup>
- 200,- Euro einmaliger Bonus für Berufseinsteiger bis 25 Jahre

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21/141-0 oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main (Telefon 069/5 89 98-60 60 oder [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)) erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf der Fonds. Stand: 03.07.2013

**Jetzt informieren:**

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



August 2012<sup>2)</sup>



Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

## Veranstaltung

### 16. Schöneberger Forum

Unter dem Motto „Gute Arbeit – Faire Bedingungen“ wird beim diesjährigen Schöneberger Forum am 26. und 27. November 2013 der Austausch über die positive Gestaltung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst im Mittelpunkt stehen. Während der Fachtagung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung werden unter anderem die Themen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Entwicklung des Beamtenrechts, Demografie und Personalgewinnung sowie Arbeitsverdichtung und Gesundheitsförderung diskutiert. Außerdem stellen die dann frisch gekürten Preisträger des Deutschen Personalräte-Preises 2013 ihre Projekte vor und Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin des Saarlandes, wird als Gastrednerin über den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber sprechen. ■



Weitere Informationen unter [www.schoeneberger-forum.de](http://www.schoeneberger-forum.de)

## Rechtsprechung

### Anwendung des Bestenauslesegrundsatzes

Die 1. Kammer des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts hat im Beschluss vom 7. März

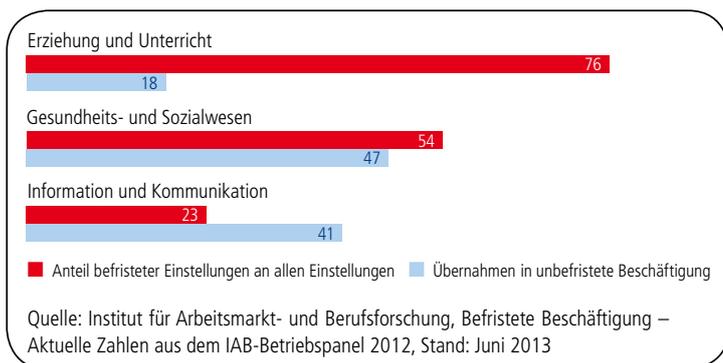
2013 festgestellt, dass Auswahlentscheidungen nach dem Prinzip der Bestenauslese im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG grundsätzlich nur auf Gesichtspunkte gestützt werden können, die die unmittelbare Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Bewerber betreffen (primäre Entscheidungsebene). Die Beurteilung habe hierbei immer in Bezug auf das konkret zu besetzende Amt zu erfolgen. Maßgeblich sei der Aufgabenbereich des Amtes, auf den bezogen die Bewerber miteinander zu vergleichen sind und anhand dessen die Auswahlentscheidung zu treffen ist. Auszuwählen sei die Person, die in Zukunft den Anforderungen des konkret zu besetzenden Amtes am besten entspricht. Eine Auswahl anhand der in der Vergangenheit erbrachten Leistungen oder der Dauer seit der letzten Beförderung sei unzulässig. Nicht leistungsbezogene Hilfskriterien (sekundäre Entscheidungsebene) dürften hierbei nur herangezogen

werden, insoweit die zur Ermittlung des Leistungsstandes der Bewerber herangezogenen Erkenntnismittel ausreichend aussagekräftig sind und eine tragfähige, dem Gebot der Bestenauslese entsprechende Grundlage für die Auswahlentscheidung darstellen. Im konkreten Fall wurde ohne vorherige Prüfung der unmittelbaren Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung in Bezug auf das konkret zu besetzende Amt das Hilfskriterium des Rangdienstalters herangezogen. Die vom Dienstherrn vorherige vorgenommene ausschließliche Beurteilung der BewerberInnen anhand der Gesamtnoten der dienstlichen Beurteilungen genüge nicht den Anforderungen, die an die Bestenauslese im Sinne des Artikel 33 Abs. 2 GG zu stellen sind. Überdies wurde festgestellt, dass aus dem in Art. 33 Abs. 5 GG verankerten Fürsorgeanspruch kein Beförderungsanspruch hergeleitet werden kann. (Az.: 2 BvR 2582/12) ■



## Zahlen, Daten, Fakten

### Bildungssektor Spitzenreiter bei Befristungen



In Deutschland lag die Zahl der befristet Beschäftigten 2012 mit rund 2,7 Millionen gut doppelt so hoch wie im Jahr 1996 mit 1,3 Millionen. Im ersten Halbjahr 2012 unterschieden sich die Branchen deutlich bei der Anzahl befristeter Einstellungen und der Übernahmen in die unbefristete Beschäftigung. Während sich im Gesundheits- und Sozialwesen Befristungen und Übernahmen nahezu die Waage hielten, waren es in der Informations- und Kommunikationsbranche sogar fast doppelt so viele unbefristete wie befristete Beschäftigungen. Befristungsspitzenreiter war mit 76 Prozent die Branche Erziehung und Unterricht. ■

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Schutz von Anfang an – komme, was wolle.**

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitsschutz speziell für Beamte
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de) oder Telefon 0800 166 55 94.

Ein Unternehmen der AXA Gruppe



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil



### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBV für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBV die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBV recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
 per Telefon: 0211 7300335  
 per Telefax: 0211 7300275  
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Konto-Nummer

\_\_\_\_\_  
BLZ

\_\_\_\_\_  
Bank

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



## Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge  
für Beamte

Günstige Beiträge – auch  
für Beamtenanwärter –

**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: 4 Monatsbeiträge Rückerstattung – bereits ab dem 1. leistungsfreien Kalenderjahr
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gern:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS • 2014



Der  
Personalrat



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig